



Protokoll

Datum: 06. März 2018
Für: Mitglieder der Cocosol sowie weitere
Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender
Auflistung

Protokoll der 6. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 06. März 2018

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und - Direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption- Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Christian Raetz	Leiter des « bureau cantonal de médiation VD »
Entschuldigt:	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3

4 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung. Die
5 Sitzungsunterlagen wurden an alle Mitglieder vor ca. 10 Tagen versandt, damit die
6 Sitzungsteilnehmer genügend Zeit haben sollten, die Unterlagen zu studieren und ggf.
7 Fragen an den Fachbereich zu stellen.

8

9 Für diese Sitzung sind insgesamt 7 vollständige Dossiers versendet worden, bei welchen
10 das BJ ein Nichteintreten oder eine Ablehnung vorsieht. Das Versenden von Kopien der
11 kompletten Dossiers sollte es den Cocosol-Mitglieder erlauben, sich ein plastischeres
12 Bild der Sachlage zu machen, als dies bisher nur aufgrund der Zusammenfassungen der
13 einzelnen Fälle möglich gewesen ist.

14

15 Das Protokoll der letzten Sitzung vom 7. Dezember 2017 wurde nach
16 Anpassungswünschen noch einmal versandt und konnte – da keine weiteren
17 Rückmeldungen eintrafen – in dieser Fassung genehmigt werden.

18

19 **Entschuldigungen:**

20 Herr Guido Fluri ist heute leider verhindert und kann an der Sitzung nicht teilnehmen.
21 Frau Laetitia Bernard ist ferienhalber abwesend.

22

23 **Der Präsident** berichtet kurz über die Inhalte und den Verlauf des 15. und zugleich
24 letzten Runden Tisches, welcher am 8. Februar 2018 stattgefunden. Dieser habe seinen
25 Auftrag nun in allen wichtigen Punkten erfüllt und könne deswegen aufgelöst werden;
26 Näheres könne dem Protokoll des RT entnommen werden, das demnächst aufgeschaltet
27 werde. Weil die Hauptaufgabe des Delegierten des EJPD die Leitung des Runden
28 Tisches gewesen sei, brauche es damit auch die Funktion des Delegierten nicht mehr.
29 Soweit sich Opfer und Betroffene bisher an ihn in seiner Funktion als Ombudsperson
30 gewendet hätten, könnten sie sich stattdessen in Zukunft an die kantonalen Anlaufstellen
31 wenden; diese hätten ja aufgrund der neuen Rechtsgrundlage in Artikel 14 AFZFG einen
32 zeitlich unbefristeten Auftrag hierfür.

33

34 **Die Mitglieder der Cocosol** bringen daraufhin klar zum Ausdruck, dass Luzius Mader
35 nach seiner Pensionierung Präsident der Cocosol bleiben solle und sie wünschen, dass
36 dies explizit so im Protokoll festgehalten werde.

37

38 **Der Präsident** informiert, dass am 17. Mai 2018 für die Mitglieder des aufgelösten
39 Runden Tisches noch ein schlichter Anlass geplant sei, an welchem die Arbeiten des
40 Runden Tisches kurz von Frau Bundesrätin Sommaruga gewürdigt werden sollen. Nach
41 Möglichkeit sollten die Mitglieder der Cocosol an diesem Anlass auch zugegen sein.

42

43 **Der Präsident** informiert weiter über eine Tagung in Berlin, an welcher er eingeladen
44 worden sei, um unseren Aufarbeitungsprozess vorstellen zu können und darüber zu
45 diskutieren. Die Praxis in der Schweiz sei dabei auf grosses Interesse gestossen und
46 habe viel Beachtung gefunden. Zumindest bisher hätten sich die deutschen Behörden in
47 ihrem Aufarbeitungsprozess darauf beschränkt, die Betroffenen in kurzen Hearings
48 anzuhören und das Gesagte zu protokollieren. Weitere Massnahmen, z.B. die
49 Ausrichtung einer finanziellen Leistung oder andere Hilfestellungen zugunsten der Opfer
50 seien nicht vorgesehen gewesen. Er stehe dieser Praxis eher etwas skeptisch
51 gegenüber. Die vor Ort erhaltenen Informationen und der Austausch mit verschiedenen
52 Exponenten sei sehr interessant gewesen: Die deutschen Gastgeber seien erstaunt
53 gewesen, wie breit die Aufarbeitung in der Schweiz angegangen worden sei und wie die
54 Opfer miteinbezogen worden seien.

55 **Der Präsident** weist auch darauf hin, dass auch in England eine unabhängige
56 Kommission einen Bericht an die Regierung mit Vorschlägen abgeliefert habe, wie die
57 Aufarbeitung in England umgesetzt und allenfalls Wiedergutmachung geleistet werden

1 könne. Erstaunt sei er darüber gewesen, dass in beiden Ländern keine breite,
2 wissenschaftliche Aufarbeitung geplant sei, so wie dies aktuell in der Schweiz gemacht
3 werde.

4
5 Zum Ablauf der Einreichfrist informiert **der Präsident** darüber, dass es
6 Bestrebungen im Parlament (insb. Antrag von NR S. Arslan in der nationalrätlichen
7 Rechtskommission) gegeben habe, die Frist zu verlängern. Dies sei jedoch vom
8 Parlament abgelehnt worden. In der Romandie wolle man jetzt möglicherweise eine
9 Initiative lancieren, welche eine Aufhebung der Einreichfrist anstrebe. Er spricht sich
10 generell gegen solche Vorstösse aus. Die Hauptgründe dafür seien, dass man während
11 der laufenden Einreichfrist auf verschiedensten Kanälen alles unternommen habe, um
12 ausreichend zu informieren und zur Gesuchseinreichung zu motivieren. Der zweite
13 Grund sei, dass er befürchte, dass viele Betroffene weiterhin zögern würden, ein Gesuch
14 einzureichen, wenn bekannt werde, dass das Parlament eine Fristverlängerung in
15 Erwägung ziehe. Falls das Parlament nach Ablauf der Frist eine solche Fristverlängerung
16 oder gar Streichung der Frist dann schliesslich doch ablehnen würde, hätten alle bisher
17 noch zögernden Betroffenen die Frist definitiv verpasst und wären so erneut schwer
18 enttäuscht, für Ihr Zuwarten bestraft, und um ihren Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag
19 gebracht worden. Dies sollte unbedingt vermieden werden.

20
21 **Der Präsident** versichert auf Anfrage, dass das BJ kulant umgehen werde mit der
22 Handhabung des Endes der Einreichfrist und den am Schluss noch eingereichten
23 Gesuchen. Das bedeute insbesondere, dass man am 31. März nicht unbedingt
24 vollständig ausgefüllte und dokumentierte Gesuche erwarte. Es solle genügen, wenn die
25 gesuchstellenden Personen vorläufig nur gerade die verlangten Angaben auf den Seiten
26 1 und 5 machen und das Gesuch unterzeichnen würden. Eine entsprechende Information
27 samt Merkblatt sei rechtzeitig an alle Anlaufstellen gesendet worden und die Mitglieder
28 der Cocosol würden dieses auch noch per Mail zu deren nachträglichen Information
29 erhalten.

30
31 Die restlichen Seiten bzw. Angaben im Gesuchformular, so. z.B. die Beschreibung zur
32 Opfereigenschaft, sowie von den Archiven zu einem späteren Zeitpunkt beschaffte Akten
33 könne man dem Bundesamt für Justiz innert nützlicher Frist ohne weiteres noch
34 nachreichen.

35
36 **Der Präsident** informiert schliesslich, dass am 8. März 2018, d.h. drei Wochen vor Ende
37 der Gesuchseinreichfrist, noch eine Medienmitteilung publiziert werden soll. Darin solle
38 ein letztes Mal explizit auf das bevorstehende Fristende hingewiesen werden.
39 Gleichzeitig soll auch darüber informiert werden, wie viele Verfügungen bereits erlassen
40 worden seien.

41 42 43 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/Todesfälle**

44 Bis heute sind beim BJ 6'185 Gesuche eingegangen. In den letzten Wochen und
45 Monaten des neuen Jahres haben sich die Eingänge gegenüber dem Vorjahr also stark
46 gesteigert. Die letzten Umfrageergebnisse bei den kantonalen Anlaufstellen lassen
47 überdies darauf schliessen, dass in kommenden drei Wochen nochmals sehr viele
48 zusätzliche Gesuche eintreffen werden.

49
50 Über die Gesamtzahl der eingegangenen Gesuche solle nicht unmittelbar nach Ende der
51 Einreichfrist, sondern erst anlässlich der Veranstaltung vom 17. Mai 2018 im Rahmen
52 einer Medienmitteilung orientiert werden.

53 54 55 **3. Vorgeprüfte Gesuche**

56 **4.**

57 344 Gesuche seien für die heutige Sitzung geprüft worden.

58 337 Gesuche konnten gutgeheissen werden.

1 5 Gesuche sieht das BJ zur Ablehnung vor, bei 2 Gesuchen ein Nichteintreten.

2
3 Es folgen angeregte Diskussionen zur jeweiligen Ausgangslage in den einzelnen
4 Gesuchen bzw. zur Begründetheit der vorgesehenen Entscheide. Damit keine
5 Rückschlüsse auf die gesuchstellenden Personen gezogen werden können, enthält das
6 Protokoll keine weiteren Angaben mit Ausnahme der nachfolgenden Elemente.

7
8 Diskutiert wurde etwa, ob eine Platzierung innerhalb der Grossfamilie einer
9 gesuchstellenden Person (Onkel, Tante, Grossmutter) als Fremdplatzierung gelte.
10 Grundsätzlich gelangte man zum Schluss, dass dies keine Fremdplatzierung darstelle.
11 Jedoch sei es wichtig, diese Gesuche im Einzelnen sehr genau anzuschauen und bei
12 Bedarf auch weitere Angaben von den gesuchstellenden Personen nachzufragen,
13 insbesondere, wie es diesen während einer bestimmten Platzierung ergangen sei. Allein
14 schon eine unvermittelte Trennung von den Geschwistern bzw. die Art und Weise, wie
15 diese erfolgt sei, könne u.U. die Opfereigenschaft begründen.

16
17 Der Präsident weist auch darauf hin, dass man aufmerksam sein müsse, wenn es um
18 Auslands - Fälle gehe. Dort, wo die Massnahme im Ausland veranlasst, die Platzierung
19 jedoch dann in der Schweiz stattgefunden habe (z.B. bei den Tibetkindern, bei
20 Adoptionen), oder eine unter schweizerischer Aufsicht stehende Organisation im Ausland
21 aktiv nach Kindern zum Zwecke einer Adoption gesucht habe. Solche Fälle müsse man
22 dann genauer anschauen.

23
24 Der Präsident gibt weiter bekannt, dass weitere sechs dringliche Gesuche inzwischen
25 noch bearbeitet worden sind, welche nicht auf der an die Mitglieder der Cocosol
26 versendeten Liste aufgeführt waren (eine entsprechende kurze Liste mit diesen Fällen
27 wurde an der Sitzung verteilt).

28
29 **Der Präsident** informiert über die Handhabung der Gesuche von Personen, welche
30 bereits Soforthilfe erhalten hatten bzw. deren Opfereigenschaft im Rahmen des
31 Soforthilfe- Verfahrens bereits anerkannt worden war. Es sei vorgesehen, dass diese
32 Gesuche bis Ende Jahr abgeschlossen und ausbezahlt sein sollten.

33
34 **Der Präsident** kommt kurz noch einmal auf die Prioritätenordnung zu sprechen und ruft
35 sie wie folgt in Erinnerung:

36
37 **Prio K** wird Gesuchen von Personen zugeteilt, die nachweislich (Arztzeugnis) schwer
38 krank sind und deren verbleibende Lebenszeit sich voraussichtlich nur noch nach
39 wenigen Wochen und Monaten bemisst (insb. Krebserkrankungen im Endstadium u.ä).
40 **Prio A** wird Gesuchen von Personen zugeteilt, die älter als 75 Jahre alt sind. Bei diesen
41 Gesuchen würde dann noch eine zusätzlich Feinunterteilung gemacht; höchste Priorität
42 genossen demnach die über 90-Jährigen, gefolgt von der nächsten Altersgruppe etc.).
43 **Prio S** wird schliesslich Gesuchen von Personen zugeteilt, die entweder bereits
44 Soforthilfe erhalten haben oder deren Opfereigenschaft im Rahmen des Soforthilfe-
45 Verfahrens bereits anerkannt worden ist.

46 47 **5. Grundsatzdiskussionen**

48
49 Die Kommission äusserte sich zu zwei Fällen. Der eine betraf eine verfahrensrechtliche
50 Frage betreffend die Entgegennahme eines Gesuches einer Person (deren
51 Opfereigenschaft völlig klar ist), das einwandfrei und fristgerecht ausgefüllt und im
52 Umschlag versandbereit war, das aber umständehalber wegen des plötzlichen Todes
53 nicht mehr eingereicht werden konnte.
54 Der andere Fall betraf den Aspekt der prioritären Behandlung eines bestimmten
55 Gesuches.

1 **6. Selbsthilfe-Projekte**

2 **Reto Brand** informiert über den aktuellen Stand der bislang eingereichten Selbsthilfe-
3 Projekte. Besonders schnelle Projektfortschritte gebe es beim Projekt von Urs Allemann,
4 das dieser insbesondere in Zusammenarbeit mit der Guido Fluri-Stiftung zu lancieren
5 versuche. Die Arbeiten seien dort weit fortgeschritten und der Reifegrad der Unterlagen
6 sei bereits sehr hoch. Das bisher am weitesten fortgeschrittene Selbsthilfeprojekt
7 stamme aus der Region Basel. Einige weitere Projekte stünden eher in der
8 Anfangsphase; sie würden sich aber auch gut entwickeln und man sei im Dialog mit den
9 Gesuchstellern.

10
11
12 **7. Cocosol- Sitzungen (Arbeitsweise)**

13 Der Präsident informiert darüber, dass das BJ wirklich dringliche Gesuche künftig auf
14 dem Zirkularweg an die Mitglieder der Cocosol senden würde. Diese hätten dann die
15 Möglichkeit, bei Bedarf nachzufragen. Bei Ablehnungen hingegen soll das
16 Zirkularverfahren nicht zur Anwendung kommen. Diese Gesuche sollen ausschliesslich
17 mündlich in Anwesenheit der Kommissionsmitglieder an einer Sitzung diskutiert werden.
18 Es sei wichtig, dass sich die Kommission im Detail damit befassen könne. Der
19 gegenseitige Austausch der Sichtweisen und Argumente erachte der Präsident als sehr
20 wichtig.

21
22 **8. Verschiedenes**

23
24 Die nächste Sitzung findet am 23. Mai 2018 von 10-16 Uhr, Sitzungszimmer 60, des BJ
25 statt. Eine Einladung wird folgen.

26
27 Ende der Sitzung: ca. 15.00h
28